

Alternativlose Verbotspolitik ist weder verantwortungsbewusst noch anspruchsvoll!

Kommentar zum Artikel „Risiko Silvesterfest“ (Am Sonntag v. 15.10.2017)

Von Urban Mangold war zur Entscheidung des Ordnungsausschusses Folgendes zu lesen: „Mir scheint, dass der Passauer CSU der politische Kompass abhandengekommen ist. Dass eine Partei, die sich selbst als konservativ bezeichnet, die händeringenden Warnungen der Polizei aus rein politischen Gründen in den Wind schlägt, ist bemerkenswert und unverständlich“.

Urban Mangold irrt sich in mehrfacher Hinsicht. Erstens war es nicht die CSU allein, die sich gegen ein radikales Verbot aussprach: Silke Werts (SPD), Hans-Peter Höber (PaL) und Boris Burkert (Grüne) haben unsere Bedenken geteilt und sich ebenfalls gegen Urban Mangold und das von ihm als alternativlos verteidigte Verbot gestellt. Haben etwa auch diese Stadträte „aus rein politischen Gründen“ gehandelt? Die Dinge so zu sehen, offenbart ein reichlich gestörtes Demokratieverständnis.

Zweitens hat Urban Mangold offenbar keine Ahnung, was „konservativ“ ist. Konservativ bedeutet keineswegs, alles zu verbieten, ohne sich zuvor gründlich und ergebnisoffen Gedanken über Alternativen zur Lösung des Problems gemacht zu haben.

Drittens schlagen wir mitnichten die Warnungen der Polizei in den Wind – im Gegenteil nehmen wir sie überaus ernst, sonst hätten wir wohl kaum betont, dass uns die Gewährleistung der Sicherheit von Feiern ein elementar wichtiges Anliegen ist, und eine „Anpassung des Sicherheitskonzepts“ begrüßt. Während für Urban Mangold aber das Ergebnis („Brückensperrung“) von vornherein feststand, machen wir uns Gedanken, ob und wie es möglich wäre, die jahrelang ausgesprochen beliebte Feier auf der Marienbrücke trotz aller Schwierigkeiten zu ermöglichen. In der Ausschusssitzung hatte Urban Mangold die Möglichkeit, konstruktiv mit allen Beteiligten zu überlegen, ob die Silvesterfeier durchführbar ist, ohne dass darunter die Sicherheit leidet oder es zu einem unverhältnismäßigen Personal- und Kostenaufwand kommt. Aber das tat er nicht und das war erkennbar auch gar nicht sein Ziel. Mangold wollte das Verbot um jeden Preis, mutmaßlich weil der Oberbürgermeister es von ihm erwartet hat und Mangold ihm gefällig sein wollte. Ein Ausschussvorsitzender muss in unseren Augen aber deutlich mehr leisten, als ein bloßer Erfüllungsgehilfe eines Oberbürgermeisters zu sein, der sich scheut, Verantwortung zu übernehmen.

Und viertens hat Urban Mangold die Konsequenzen seiner Verbotspolitik nicht bedacht. Zum einen beschädigen solche Verbote schleichend die Attraktivität Passaus. Zum andern ist Mangold offenbar nicht klar, dass die Sicherheitslage auf dem Fünferlsteg zum Jahreswechsel keinen Deut besser ist als auf der Marienbrücke. Im Gegenteil: Auf dem Fünferlsteg fliegen Knaller nicht nur kreuz und quer auf der Brücke, sondern erfahrungsgemäß auch Raketen von der Innpromenade in Richtung der dort dicht gedrängten Menschen. Wer als Oberbürgermeister die Marienbrücke sperren lässt, aber den Fünferlsteg ignoriert, begründet für sich ein unmittelbares Haftungsrisiko, sowohl straf- als auch zivilrechtlich, falls auf dem Fünferlsteg jemand ernsthaft zu Schaden kommt. Eine Verkehrssicherungspflicht besteht nicht nur auf der Marienbrücke, sondern auch auf dem Fünferlsteg, weil das dortige Risiko vergleichbar hoch und sehr wohl bekannt ist. Wer die Marienbrücke sperrt, muss konsequent sein und auch den Fünferlsteg blockieren.

Ein derartiges Verbotdomino halten wir für falsch und fatal – ganz sicher nicht aus „politischen Gründen“, wie Urban Mangold meint. Anders als er, machen wir uns die Sache nicht so leicht. Bevor wir uns für Verbote aussprechen, denken wir darüber nach, wie sich diese vermeiden lassen, ohne dass die Sicherheit leiden muss oder der Personal- und Kostenaufwand unverhältnismäßig ansteigt. Verbote zu erlassen, ist einfach, Verbote zu vermeiden, anspruchsvoll. Urban Mangold scheint nicht nur der politische Kompass abhandengekommen zu sein, sondern auch der Wille, anspruchsvolle Politik zu machen.